

Die „Zeit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Bote“.

Die preisgebilligste Konkretpresse ohne deren Raum kostet 1.— M. einschließlich Postensteuer. Klein-Konkrete: Das fertige Buch 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Postensteuer.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# STREIF

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Fortschrittende Stinnesfierung

#### Auslieferung der Bodenschätze

Die Sozialdemokratische Korrespondenz teilt mit: Die anhaltinische Staatsregierung hat heute den Anteil des Staates an dem Kaliumerz Salzbergwerk in den Berliner Bankier Hugo J. Herzfeld verkauft.

Das Kaliumerz Salzbergwerk gilt als das bei weitem beste Werk der deutschen Kaliindustrie. Zum Ausbau des Werkes hatte sich der anhaltinische Fiskus mit einer Reihe von älteren Privatwerken vereinigt.

Dieses Ereignis muß vom sozialistischen Standpunkt aus außerordentlich bedauert werden. Auf eine solche Weise wird der Einfluß des Staates auf die deutsche Wirtschaft immer geringer.

Freilich kann man der anhaltinischen Finanzverwaltung keinen allzu harten Vorwurf machen. Das Angebot war außergewöhnlich verlockend, und auf der anderen Seite war zu fürchten, daß wenn der Staat den Verkauf ablehnte, die im Besitz der Majorität befindliche Kapitalistengruppe durch ungünstige Verträge mit anderen Werken die Rente von Salzbergwerk verschlechtern würde.

Es muß daher mit allem Ernst die Frage gestellt werden, ob alle Beteiligten das Nützlichste getan haben, um diesen Ausverkauf des Staates an das Privatkapital zu verhindern.

müßte einmal hergestellt werden, ob die Kalibergarbeiter rechtzeitig von der Gefahr unterrichtet waren und ob sie ihrerseits nichts haben tun können, um das Staatseigentum zu retten.

Der Hauptschuldige an der unerfreulichen Entwicklung ist zweifellos die Reichsgesetzgebung, die einen schweren Unterlassungsfehler begangen hat, als sie die staatlichen Interessen in Aktiengesellschaften nicht genügend schützte.

Jedenfalls aber muß die Reichsgesetzgebung Vorkehrungen treffen, daß der traurige Fall Salzbergwerk sich nicht wiederholt, daß kein Staat mehr in die Zwangslage kommt, seinen Besitz zu veräußern oder Schaden zu nehmen.

Die Sozialdemokratische Korrespondenz ist ein rechtssozialistisches Organ, und die Vorwürfe, die ihr Herausgeber Heilmann gegen seine Parteigenossen in Anhalt und gegen die Reichsgesetzgebung erhebt, treffen mit besonderer Schwere die sozialdemokratische Partei.

#### Die Stinnesfierung des Geistes

Wie eine Korrespondenz mitteilt, werden die „Grenzboten“ vom 1. April ab außer in Heftform auch als Sonntagsbeilage der „Zeit“ erscheinen.

Die „Grenzboten“, eine von konservativer Weltanschauung bestimmte Zeitschrift, gehören zu den ältesten und angesehensten Organen dieser Art; zuletzt sind sie allerdings ein wenig langweilig geworden.

Vorsitzenden des Hauptausschusses zu genehmigen. Die Genehmigung sei ihm jedoch verweigert und damit die Möglichkeit genommen worden, sich gegen die unbedingten Angriffe zu verteidigen.

Der Untersuchungsausschuss wird in einer besonderen Sitzung über das Ergebnis seiner Untersuchungen Beschluß fassen und sodann den Bericht für das Plenum fertigstellen.

In parlamentarischen Kreisen erzählt man sich gegenwärtig, daß die Anträge des Ministers Hermes gegen den Reichsanwalt Wirth bereits zu lebhaften Auseinandersetzungen im Zentrum geführt haben.

Oberst v. Inzander verurteilt. Das Münchener Amtsgericht hat gestern den Oberst v. Inzander, einen bekannten rechtsradikalen Agitator, wegen eines Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921, laut der ehemalige Angehörige der bewaffneten Macht, denen die Berechtigung zum Tragen von Uniformen verlihen worden ist, hietraon nur bei besonders jetzt vom Reichsanwalt bestimmten Anlässen Gebrauch machen dürfen, zu einer Geldstrafe von 500 M. verurteilt.

### Getreidehauffe

#### Wettlaufen mit den Weltmarktpreisen

Eine wilde Getreidehauffe machte sich in den ersten fünf Tagen der Berichtszeit an der Berliner Börse bemerkbar. Die Preise stiegen von einem Tag zum anderen ganz gewaltig; Man kann sagen, daß es ein Wettlaufen mit den Weltmarktpreisen war.

Diese Ausführungen entnehmen wir der Donnerstagabendausgabe der „Deutschen Tageszeitung“. Es ist eine kluge Heuchelei des agrarischen Organs, wenn es dem Handel die Hauptschuld an dem Wucher mit Getreide zuschiebt und außerdem die Erhöhung der Gütertarife dafür verantwortlich macht.

Im übrigen zeigt die Preisbewegung des Getreides seit der neuen Steigerung des Dollars folgendes Bild:

	Weizen	Roggen	Hafer	Mais	Dollar
	märk.	märk.	märk.	ohne Prov.	
16. 2.	485—490	385—388	340—348	340—342	200,54
17. 2.	500—505	371—378	345—353	342—345	204,29
18. 2.	510—523	395—405	355—370	359—365	209,29
20. 2.	535—550	410—425	350—390	356—372	216,53
21. 2.	565—580	435—442	400—415	390—395	219,78
22. 2.	570—580	435—442	390—390	372—368	212,78

Der Kursstand für fremde Devisen hat sich an der gestrigen Börse nur wenig geändert. Der Dollar stieg von 212 auf 214, das englische Pfund von 930 auf 945, der holländische Gulden blieb auf 82 stehen, die tschechische Krone ging von 3.92 auf 3.79 zurück.

Diese Begründung sieht auf sehr schwachen Füßen, und sie wird nicht genehmigt sein, die Erregung der arbeitenden Bevölkerung zu befähigen. Das Attentat auf den spanischen Ministerpräsidenten Dato war ohne Zweifel ein politisches Attentat.

Die Regierung setzt sich mit dieser Begründung von selbst in einen inneren Widerspruch. Erst bestreitet sie den politischen Charakter des Mordes, nachdem sie aber das Ehepaar Hort in die Hände der spanischen Senker gespielt hat, versucht sie durch Betonung des sozialpolitischen Hintergrunds die Auslieferung vor einem Todesurteil zu bewahren.

Der „Vorwärts“ ist bemüht, die Haltung der Regierung zu beschönigen, wir hoffen aber, daß er damit kein Glück haben wird. Das Solidaritätsgesühl der Arbeiterchaft ist ebenso wie ihr Gerechtigkeitsinn stärker als die politischen Spitzfindigkeiten gewisser Rechtssozialisten, die sich bemühen, jede, auch die schärfste Handlung der Regierung den Massen genehmig zu machen.

Die deutsche Regierung aber ist um so weniger besorgt, im Falle des Ehepaars Hort von Gerechtigkeit zu reden, da sie in ihrem eigenen Lande der Gerechtigkeit nicht zum Siege verhelfen vermag. Wenn sie sich mit der gleichen Energie für die Bestrafung der m o n a r c h i s t i s c h e n M ö r d e r eingesetzt hätte, die in Deutschland Arbeiter und Arbeiterführer zu Hunderten niedergemetzelt haben, wie sie sich jetzt für die Auslieferung des Ehepaars Hort an den spanischen Senker

### Der Fall Hermes

#### Die unterschlagene Denkschrift

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss gegen den Reichsminister Hermes hielt gestern eine Sitzung ab, in der Regierungsrat Funk, Geheimrat Augustin und Ministerialdirektor Dr. Heukamp als Zeugen vernommen wurden.

In der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages, die der Einsetzung des Untersuchungsausschusses gegen Hermes vorausging, war von der Regierung behauptet worden, daß die unrichtig als solche Anschaffung des Autos und der Möbel von Dr. Heukamp absichtlich dem Finanzministerium zugeschwiegen worden sei.

Dr. Heukamp stellte nun fest, daß diese Darstellung unrichtig sei, und daß er dem Finanzministerium ausdrücklich mitgeteilt habe, daß Auto und Möbel bereits angeschafft waren, bevor die Mittel angefordert wurden.

eingesetzt hat, dann hätte sie der Republik und der gesamten gestützten Welt einen besseren Dienst erwiesen als durch ihre lebhafte Haltung. So aber stellt sie sich in eine Linie mit den Staaten der schwärzesten Reaktion.

## Betriebsräte im Aufsichtsrat

### Umgebung des Gesetzes durch die Banken

Vom A.F.A.-Bund wird uns geschrieben: Während der Beratungen des Gesetzes für die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat haben die Unternehmer alles versucht, um das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern. Auf diese Widerstände war es zurückzuführen, daß die Verabschiedung des Gesetzes erst im Januar 1922 erfolgen konnte, obwohl es seit Januar 1920 angekündigt war. Als das Verschleppungsmandat nicht mehr weitergeführt werden konnte, waren dieselben Kreise bestrebt, die Betriebsräte nur zu bestimmten Beratungen der Aufsichtsräte zuzulassen, ihnen also die Gleichberechtigung zu versagen. Sie glaubten weiter, das Gesetz illusorisch machen zu können, indem sie ihre bisherigen Aufsichtsräte umtauschen, als Verwaltungsräte usw. bezeichnen. Alle diese Angriffe der Scharfmacher auf die im Betriebsratsgesetz (§ 70) festgesetzten Rechte der Betriebsräte sind aber schließlich gescheitert. Es ist den Gewerkschaften mit Unterstützung der sozialistischen Arbeiterparteien gelungen, die Gleichberechtigung der Betriebsräte in den Aufsichtsräten durchzusetzen.

Wie wir nun aus Bankbeamtenkreisen erfahren, wollen die Berliner Groß-Banken einen neuen Vorstoß unternehmen, indem sie von der Regierung verlangen, daß das Bankgewerbe von dem neuen Gesetz ausgenommen werden soll. Sie berufen sich auf den § 73 des B.R.G., der besagt:

„Von der Verpflichtung des § 70 und 72 können Unternehmungen oder Betriebe auf ihren Antrag durch die Reichsregierung befreit werden, wenn wichtige Staatsinteressen dies erfordern.“

Wer einigermaßen die heutige Zusammensetzung der Aufsichtsräte bei den Groß-Banken kennt und außerdem die internationalen neueren Verbindungen des Groß-Kapitals, vor allem auch die starke Ueberfremdung deutscher Unternehmungen verfaßt hat, muß wissen, daß die Aufsichtsräte unserer Groß-Banken zu allererst ein Recht haben, sich als die Hüter der Staatsinteressen auszusprechen! Wenn die Staatsinteressen Deutschlands bei der jetzigen Zusammensetzung der Groß-Banken nicht gefährdet sind, dann werden sie bestimmt durch den Eintritt von ein oder zwei Betriebsratsmitgliedern keiner Gefahr ausgesetzt sein können. Der Vorwand der Groß-Banken wird nur gemacht, um zu verschleiern, daß man die Betriebsräte nicht in das Gebahren unserer Groß-Banken hineinsehen lassen will. Es müßte wie eine Herausforderung für die gesamte Arbeiterschaft wirken, wenn etwa die Reichsregierung dieser unerhörten Scharfmacherei der Groß-Banken nachgeben wollte. Der A.F.A.-Bund hat sich heute an den Reichsminister, den Reichsarbeitsminister, den Reichswirtschaftsminister und den Reichsfinanzminister gewandt und dringt darauf, daß die Regierung unter allen Umständen zunächst die beteiligten Arbeitnehmerkreise hören muß, bevor etwa Ausnahmeverfügungen zum Aufsichtsratsgesetz auf Grund des § 73 des B.R.G. erlassen werden.

## Spanische Hoflieferanten

### Zur Auslieferung des Ehepaars Fort

Die zuständige Stelle des Auswärtigen Amtes versucht der Auslieferung des Ehepaars Fort an den spanischen Henker eine rechtliche Begründung zu geben. In dieser Begründung heißt es: Das Ersuchen der spanischen Regierung läßt sich auf einen Haftbefehl des Untersuchungsrichters in Madrid gegen das Ehepaar Fort und beruht auf dem deutsch-spanischen Auslieferungsvertrag. Der Artikel 1 dieses Vertrages verpflichtet, diejenigen auszuliefern, die wegen Mord angeklagt sind. Der Auslieferungsvertrag entzogen sind jedoch die politischen Vergehen und Verbrechen. Nun wird jedoch argumentiert, daß die Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten keine politische Straftat im Sinne des Auslieferungsvertrages sei, sondern nur einer der zahlreichen, zusammenhängenden syndikalistischen Terrorakte in Spanien darstelle, die an sich keinen Umsturz der Staatsverfassung bezweckten, daher nicht als politische Delikte anzusprechen sei. Aus diesem Grunde hätte die Auslieferungspflicht nicht verweigert werden können.

## Ein Hemmschuh der Gesetzgebung

Genosse Dr. Weinberg hat im Staatsrat mit Unterstützung unserer Fraktion den folgenden Antrag eingebracht:

„Der Staatsrat wolle beschließen, das Staatsministerium um Vorlage nachstehenden Gesetzesentwurfes an den Landtag zu ersuchen:

**Einziges §.**  
Alle Bestimmungen der Verfassung und sonstiger Gesetze und Verordnungen über den Staatsrat werden aufgehoben.“

Da die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, daß für eine erspriehliche Tätigkeit des Staatsrats eine Möglichkeit nicht gegeben ist und der Staatsrat sich als ein Hemmschuh der Gesetzgebung erwiesen hat, spricht der Antrag für sich selbst. Seine einstimmige Annahme wäre das Vernünftigste, was der Staatsrat tun könnte.

## Worte und Taten

### Hermes und die Getreidemlage

In der Reichstagsitzung vom 21. Februar hat der Reichsernährungsminister Hermes erklärt:

Auf die Anfrage der Abg. Ryned erwidere ich, daß das Ergebnis der Umlageableitung ein befriedigendes ist. Ich nehme dabei die Gelegenheit wahr, der Landwirtschaft für dieses Verdienst den Dank des deutschen Volkes auszusprechen.

Am 12. Februar aber hat derselbe Hermes an den preußischen Staatskommissar für Volksernährung ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

Nach den bei der Reichsgetreidebestelle eingegangenen Abgangsangeben über Verladungen von Umlagegetreide sind die Umlieferungen in der letzten Zeit sehr zurückgegangen. Es kann zwar angenommen werden, daß infolge des Eisenbahnerstreiks die Anlieferung und Abfuhr des Umlagegetreides wesentlich gehemmt worden ist und infolge der Störung des Postverkehrs nach Berlin auch die Abgangsanzeigen nur zu einem Teile die Reichsgetreidebestelle erreicht haben. Gleichwohl möchte ich nicht unterlassen, die Aufmerksamkeit auf die sich in letzter Zeit

wesentlich ungünstiger gestaltende Ausbringung der Umlage hinzulenken und zu bitten, erforderlichenfalls den nachgeordneten Behörden nochmals eindringlich die Notwendigkeit einer reiflichen Umlieferung vor Augen zu führen und sie dazu anzuhalten, alle für die Erfassung notwendigen Maßnahmen zu treffen. Im Hinblick auf die durch den Streik hervorgerufene Erschwerung der Umlieferungen hat die Reichsgetreidebestelle die Frist für die Umlieferung der letzten Rate der Umlage gemäß § 18 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit

# Justizreform — Klassenjustiz — Auslieferung

## Deutscher Reichstag

Donnerstag, den 23. Februar

Der Gesetzentwurf zur Vereinfachung des Aufgebotsverfahrens wird ohne Debatte angenommen. Ebenso der Gesetzentwurf betreffend Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige und der Entwurf eines Schutzgesetzes für die Pöchner Landtschaft.

### Haushalt des Justizministeriums

Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (S.P.D.): Die Richter stehen in ihrer großen Mehrzahl auf Seiten der herrschenden Klassen. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Klassenjustiz ist ein Teil des allgemeinen Klassenkampfes. Unzählige Urteile sind gefällt bei politischen Vergehen gegen Angehörige der proletarischen Schichten, während wegen der gleichen Delikte die Angehörigen der herrschenden Klassen viel allmilder behandelt, wenn überhaupt bestraft werden. Wir haben seinerzeit Bedenken geäußert, für eine Amnestie der politischen Gefangenen einzutreten. Aber wir haben unsere Standpunkte ändern müssen. Eine Beteiligung der Arbeiter an der Rechtsprechung wird die Klassenjustiz zwar nicht beseitigen, aber sie mildern. Den reinen Laiengerichtlichen können wir nicht zustimmen. Wie die Gleichberechtigung der Klassen, so fordert wir auch die Gleichberechtigung der Geschlechter. Es ist bedauerlich, daß der deutsche Richterrat sich gegen die Beteiligung der Frauen am Richteramt ausgesprochen hat.

Abg. Warmuth (Dn.): Der Richter, der fürchten muß, daß er durch seinen Urteilspruch auf die Straße gesetzt werden kann, kann nicht frei urteilen. Die Unabsehbarkeit des Richters ist eine Notwendigkeit. Die Forderung, die Befreiung des Richters von fernher nicht mehr von einem juristischen Examen abhängig zu machen, hat doch nur den Zweck, politische Verurteilungen, mögen sie sich Sekretär oder sonstige nennen, auf den Richterstuhl zu bringen.

Abg. Kahl (D. Sp.): Ich weise es zurück, wenn man generell von Klassenjustiz spricht, einzelne Fälle mögen vorkommen. Gegen die Zulassung der Frauen als Rechtsanwältin würde ich nichts einzuwenden haben. Im übrigen ist es für mich selbstverständlich, daß der Richter, der im Namen der Republik Recht spricht, auch auf dem Boden des geltenden Verfassungsrechts steht. (Zwischen links.)

### Abg. Rosenfeld (U.S.P.):

Ich erkenne an, daß der Justizminister große und kleine Reformen plant. Wenn er nur die Kraft befände, diese Reformen auch möglichst schnell und umfassend durchzuführen. In den Reformen, die auf zivilrechtlichem Gebiet geplant sind, erkläre ich namens meiner Fraktion, daß wir die Bestrebungen unterstützen werden, die dahin gehen, die Ehecheidung zu erleichtern. Unter der Mangelhaftigkeit der heutigen Vorschriften leidet hauptsächlich die Arbeiterschaft. Diejenigen, die über die nötigen Geldmittel verfügen, haben immer die Möglichkeit, die Ehen schelben zu lassen. Wir fordern aber für die kommende Ehegerichtsreform nicht nur, daß der § 568 des BGB. befristet wird, wir fordern auch die Bekämpfung des völlig überflüssigen amtsgerichtlichen Sühnetermins. Wir wünschen einen größeren Schutz für die Jugendlichen, für die Kinder und hauptsächlich für die unehelichen Kinder, die man endlich mit den ehelichen Kindern gleichstellen sollte. Es ist unmöglich, daß die Höhe der Unterhaltsgeldsätze eines unehelichen Kindes sich ausschließlich richten soll nach dem Stand der Mutter. Weit wichtiger als die zivilrechtlichen Reformen, die unbedingt notwendig sind, sind die

### Reformen der Strafrechtsspflege:

Wenn wir diese Strafrechtsreform gründlich beleuchten wollen, müssen wir vom Richter ausgehen, der doch im Mittelpunkt der Rechtsprechung steht. Ich war erfreut, daß der Justizminister sich im Ausschuss mit großer Energie für den republikanischen Richterbund ausgesprochen hat. Das war eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber man ist ja jetzt schon erfreut, wenn Selbstverständlichkeiten verfochten werden. Von der Rechten ist dieser Richterbund schon angegriffen worden. Man wendet sich gegen ihn, weil er nicht im monarchistischen Jahressystem liegt. (Zuruf rechts: Es gibt ja gar keinen monarchistischen!) Das werden Sie uns doch nicht wismannen wollen. Ich behaupte, daß der republikanische Richterbund die einzige Richtersorganisation ist, die nicht im monarchistischen Wasser läßt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Wahlen der Richter durch das Volk zu geschehen hat, eine Forderung, die leider in diesem Hause rechts von uns nicht mehr vertreten wird. Die Zulassung zum Richteramt soll nicht beschränkt werden auf akademisch gebildete Juristen, sondern durch die Praxis bewährte Männer sollen auch ohne das Meisior-Examen zugelassen werden. Wir fordern die Anbahnung einer solchen Reform. Wir wünschen, die Frauen zugelassen zu sehen zu dem Amt der Richter, der Staatsanwälte, der Rechtsanwältin und Schöffen und Geschworenen.

Den bürgerlichen Geschworenen fehlt jede innere Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft.

Wir haben die Forderung vertreten, daß den Rechtsanwältin die Freizügigkeit gegeben wird.

Ich komme jetzt zum eigentlichen Hauptthema. Gibt es in Deutschland eine Klassenjustiz, und wie ist ihr der Boden abzugraben? Ich wundere mich, daß immer noch besprochen wird, daß das Wort Klassenjustiz eine Wahrheit auspricht. Solange die Klassenjustiz besteht, kann es keine Rüstung vor der deutschen Justiz geben. Es ist erstaunlich, daß uns immer wieder unterstellt wird, wir wollten mit dem Wort Klassenjustiz den Vorwurf aussprechen, daß jeder deutsche Richter mit Willen das Recht beugt gegen die Arbeiterschaft. Das ist niemals einem Sozialdemokraten eingefallen. Wir sagen nicht, die Richter beugen das Recht gegen die Arbeiter mit Absicht, was ja auch oft genug vor-

kommt (Sehr richtig!), sondern wir behaupten, die Klassenjustiz besteht in der Unfähigkeit der deutschen Richter, die zu entscheidenden haben in Prozessen, die mit politischen und gewerkschaftlichen Dingen im Zusammenhang stehen. Die Richter stehen den Bestrebungen der Arbeiterschaft verständnislos und mit instinktiver Abneigung gegenüber. Der Justizminister hat im Ausschuss über die Klassenjustiz gesagt, daß sie ein Schlagwort sei. Kein einziger seiner Partei wird jemals eine Rede über die Justiz halten können, ohne dieses „Schlagwort“ gebrauchen zu müssen. Hoffmanns Rede steht im Gegensatz zu der Meinung des Justizministers.

Ein Redakteur in Zeitz stand vor der Raumburger Strafkammer wegen Beleidigung der deutschen Richter. Es waren eine Reihe von Urteilen unter Anklage gestellt. U. a. war eine Kotitz imkriminalisiert, in der es hieß: Genosse Bergholz spricht an einem Ort zu einer bestimmten Stunde über Klassenjustiz. Das genügt schon, um den Redakteur unter Anklage zu stellen. Dieser Redakteur, der allerdings auch andere Urteile zu verantworten hatte, wurde mit fünf Monaten Gefängnis bestraft. An demselben Tage wurde in München der Leiter der früheren Polizei wegen Beleidigung der Redakteure der „Münchener Morgenpost“, des Organes der U.S.P., zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Es hätte die Redakteure „Schweinehund“ genannt, er hätte gesagt: Geht Ihnen doch an die Kehle! (Phitruale.) Eine kommunale Stadtverordnete in Halle hatte in den Märztagen Samariterdienste geleistet, hatte jedem, ob Angehöriger zur Roten Armee oder zur Schupo-Armee, ihre Dienste zur Verfügung gestellt. Man sah in dieser Tätigkeit eine Begünstigung der Roten Armee und somit Beihilfe zum Hochverrat. Sie wurde zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. (Lebhaftes Phitruale.) Nicht genug damit! Diese eole Frau hatte bei Ausübung des Samariterdienstes eine irgendwo hängende Schürze umgehoben. Bei ihrer Verhaftung wurde sie darauf bedacht, die Schürze an ihren Eigentümer wieder zurückzugeben zu lassen. Ihre Mutter hat sie gewaschen, gepflättet, eingepackelt abgehändigt. Wegen unzureichender Adresse gelangte das Paket zurück. Die Angeklagte wußte nichts davon, daß die Schürze nicht angekommen war. Man hat sie deswegen wegen räuberischer Erpressung zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Man hat die Strafen dann zusammengezogen zu sechs Jahren Zuchthaus. Denn auch die Frau hinterher begnadigt wurde, so ist damit nicht aus der Welt geschafft diese schreiende Ungerechtigkeits.

Tag für Tag bringt die linksorientierte Presse derartige Beispiele. Erst heute hat mein Parteifreund Weinberg in der „Freiheit“ solche Beispiele für die Klassenjustiz veröffentlicht. Nicht an kleineren Gerichten kommen derartige Urteile vor. Das Reichsgericht geht mit dem schlechtesten Beispiel voran. Ich verweise nur auf den Marburger.

### Meisterkinder Mordprozeß.

Wenn Arbeiter aber Revision einlegen, gegen ihre Verurteilung, dann wird diese abgelehnt mit der Begründung, nicht politische Gründe waren maßgebend bei der Tat, nur Eigennutz kommt in Frage. Ist das noch keine Klassenjustiz? Man hat Ludendorff nicht angeklagt; ich erinnere an Kühne, den mittelalterlichen Klaubritter. Wir haben einen Vorschlag zur Beseitigung der Klassenjustiz eingebracht. Vom Volk erwählte Laien, Männer und Frauen, müssen die Rechtsprechung ausüben. Leider weichen die Sozialdemokraten von unserer Forderung ab. Der Minister hat die Reform des Strafgesetzbuchs angekündigt. Wir fordern ihre schnelle Durchführung, wir fordern die Abschaffung der Abtreibungsparagrafen, wir fordern eine Amnestie für die politischen Gefangenen. Wir kämpfen an gegen den rüchtnbigen, unsozialen, antirepublikanischen Geist, der die Justiz beherrscht. Ich muß hier vorbringen die furchtbare Nachricht, daß die spanischen Sozialisten, die verdächtigt der Beteiligung am Mord des spanischen Ministerpräsidenten Dato sind, von unserer sozialistischen Regierung in Spanien ausgeliefert sind. Ich beklage diese Auslieferung als eine Schande für die deutsche Republik. Ich behaupte, daß die deutsche Regierung sich damit den Schmachttitel eines

### Hoflieferanten der spanischen Monarchie

errungen hat. Die Regierung hat sich hinweggesetzt über die Protestandgebungen der gesamten sozialistischen Arbeiterschaft, sie hat sich hinweggesetzt über das Gutachten eines bekannten Völkerschrifters, Dr. Hans Wehberg. Die Reichskonferenz der U.S.P., sowohl wie die A.F.A. und der Gewerkschaftsbund haben heute flammenden Protest gegen diese Auslieferung erhoben. Den Vortest des DGB hat der Parteifreund des Ministers, Leipart, unterschrieben. Das Ministerium hat selbst eine Forderung der Demokraten. Hierbei mache ich auf eine andere Auslieferung aufmerksam: Im Berliner Untersuchungsgefängnis sitzt ein Ungar namens Goldschmidt, den die Regierung in Besitz hat, an die ungarische Regierung auszuliefern. Ich bitte Sie dringend, von dieser Auslieferung Abstand zu nehmen. Wir verlangen ein Fremdenbürgergesetz, das den Schutz vor der Auslieferung bringt. Die Amnestie ist eine Notwendigkeit; wir fordern: Restet auf für die politischen Gefangenen! Restet auf für alle diejenigen Männer, die ihr Leben in die Schanze geschlagen haben, da sie glaubten, mit ihrer Tätigkeit für die Revolution und ihr Vaterland etwas tun zu können. Die Justiz ist jetzt ein Mittel des Gewalts, um die ausgebeutete Klasse niederzuhalten. Wir wollen an ihr bessern, was besserungsfähig ist. Aber von allen Räten der heutigen Justiz wird uns erst der Sozialismus befreien! (Lebhaftes Bravo! auf der Linken.)

Reichsjustizminister Kadbruch: Die Auslieferung der spanischen Sozialisten ist auf Grund des Auslieferungsvertrages von 1878 erfolgt, da ihrer Tat wohl politische Motive, aber nicht politischer Zweck zugrunde lagen. (Lebhafteste Entrüstung und Phitruale.) Der Gesetzentwurf betr. Klassenbestand der Reichsbank wird angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. Tagesordnung: Anträge, Haushalt, Kapitalflucht. — Schluß 8 Uhr.

## Getreide vom 21. Juni 1921 (RGBl. S. 737) bis zum 15. März 1922

verlängert und die Kommunalverbände hieron durch Rundschreiben in Kenntnis gesetzt.

So schlägt Herr Hermes durch seine öffentliche Dankagung an die Agrarier eigenhändig die 9 Tage vorher angestellten Besuche tot, die Ablieferung des Umlagegetreides zu bessern. Kann sich da noch jemand wundern, daß die Ernährungsverhältnisse immer schlechter werden?

## Lloyd George und Poincaré

Paris, 23. Februar.

Die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré wird am Sonnabend in der Umgebung von Boulogne sur mer und Calais stattfinden. Die Unterredung wird nur einige Stunden dauern, und Lloyd George wird nach an demselben Tage nach London zurückkehren. Die beiden Ministerpräsidenten werden sich entweder in Bissant oder Wimereux oder in Marquise begegnen.

### Das Rätselraten um den Zeitpunkt

E. Paris, 23. Februar.

Wie der „Temps“ aus London meldet, steht Lloyd George nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine längere Verschiebung der Konferenz von Genua über den 20. März hinaus nicht nötig sei. Die Argumente Dr. Benešs, der eine Vertagung von drei Wochen vorgeschlagen habe, hätten Lloyd George nicht überzeugt. Der römische Korrespondent der Morningpost meldet, daß die Konferenz von Genua kaum vor Ostern stattfinden könne, wenn sie nicht überhaupt bis in den Sommer hinein verschoben würde.

## Deutsche Kapitalvertreter in Rußland

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, ist im Einverständnis mit dem Reichswirtschaftsministerium von den „Spiritusverbänden“ eine Reihe von Herren benannt worden, die als wirtschaftliche Sachverständige der deutschen Handelsvertretung in Moskau die Verhältnisse in Rußland an Ort und Stelle erforschen und darüber dem Reichswirtschaftsministerium und ihren Verbänden Bericht erstatten sollen. Es sind zunächst etwa 12 Herren für die Rolle in Aussicht genommen. Als erste haben Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo für den Reichsverband des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels und Direktor Dr. Beuster-Stettin als Vertreter des Speditionshandels die Ausreise angetreten und sich über Riga und Reval nach Moskau begeben. Am Sonnabend wird Staatssekretär a. D. August Müller folgen, dem außerdem die Zusammenfassung der Berichte sämtlicher Sachverständigen übertragen ist. Es sei bemerkt, daß jeder der wirtschaftlichen Sachverständigen etwa 6 Wochen in Rußland bleiben wird.

Die hier genannten Namen zeigen deutlich, daß das Großkapital hinter dieser Rußlandreise steht. Bemerkenswert vor allem ist, daß die Beauftragung der Berichte Herrn Dr. August Müller übertragen wurde, der nicht nur Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, sondern auch ein hervorragender Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, des Sinneshauptorgans, ist.

Reise Stomontalows nach Moskau. Der Leiter der Sowjet-Handelsvertretung in Berlin, Herr Stomontalow, ist, wie die „Henda“ erzählt, vor wenigen Tagen nach Moskau zu wichtigen Besprechungen abgereist. Er dürfte dort etwa drei Wochen bleiben und dann nach Berlin zurückkehren.

Abg. Kay (Rom.) beantragt zur Geschäftsordnung, an erster Stelle einen Antrag zu behandeln, worin die Auslieferung der angeklagten Mörder Datas als schimpfliche Verletzung des internationalen Gastrechts bezeichnet und von der Regierung verlangt wird, auf sofortige Freilassung hinzuwirken.

Abg. Klob (H. Sp.): Auch wir protestieren gegen diese Schmach und Schande und verlangen, daß über den Antrag verhandelt wird. — Der Antrag wird abgelehnt.

Hierauf wird die Besprechung über den Kultusetat beim Abschnitt A u. n. fortgesetzt.

Abg. Buchhorn (D. Sp.): Der Reigen und der Cello der Rhein-Projekt sind Zeichen der Zeit. Der weltliche Schund muß von unseren Bühnen verschwinden.

Abg. Frau Kunert (U. Sp.):

Wenn über den Verfall der Kunst geklagt wird, so braucht man sich nur die feilliche Verfassung der Kreise vorzustellen, die heute ein Monopol auf den Genus der Kunst haben. ... Die Kunst ist in möglichst kurzer Zeit" ist ihre Parole. ... Die Kunst ist in möglichst kurzer Zeit" ist ihre Parole. ... Die Kunst ist in möglichst kurzer Zeit" ist ihre Parole.

Abg. Hoff (Dem.): Die Landesbühnen-Organisation muß gefördert werden. Deutschland kann nur hochkommen, wenn es Qualitätsarbeit liefert. Diesem Ziele müssen die Kunstschranke-ten dienen.

Kultusminister Dr. Voelke: Das Ministerium ist sich der Verantwortung, die ihm aus der Pflege der Kunst erwächst, bewußt.

Abg. Frau Oesterreicher (Soz.): Das Ministerium für Kunst und Wissenschaft und das Handelsministerium müssen mehr zusammenarbeiten. Die Reorganisation der Museen muß schnell erfolgen. Die Denkmäler barbarischer Unkultur, die unsere höchsten Kreise ausgezeichnete, müssen aus dem Schloßministerium zu Berlin entfernt werden.

Abg. Waldes-Planasse (U. Sp.): Die Not der jungen Schriftsteller ist groß. Die ausgeschriebenen Preise entsprechen nicht dem geringsten Geldwerte. Von jeder Schüler- oder Klein-Aufführung sollte ein Betrag an die betreffenden Gesellschaften abgeführt werden, damit z. B. letztere das Kleingrab würdig unterhalten kann.

Die allgemeine Aussprache schließt. — In der Einzelberatung wünscht Abg. Haenisch (Soz.) Ausbaur der Kunstakademien in Düsseldorf um, und Erhaltung des Düsseldorfer Schauspielhauses durch Staatszuschuß.

Abg. Wenzig (Soz.) begründet einen Antrag, die für den Ankauf von Kunstwerken für die Nationalgalerie ausgeworfene Summe auf 500 000 Mark und die für Beihilfe und Unterstützung für Kunstwerke sowie für Künstler und Literaten angelegten 500 000 Mark auf 2 Millionen Mark zu erhöhen.

Damit schließt die Aussprache über den Abschnitt Kunst. Es folgt die zweite und dritte Lesung des Gehrentwurfes betr. die Verstaatlichung der Polizei in Rheinland-Westfalen.

Abg. Otter (U. Sp.):

Der Polizeiparagraf, der im Ruhrrevier aufgebaut werden soll, ist geeignet, die deutsche Republik zu untergraben. Tatsache ist, daß aus der kommunalen Polizei ein militärischer Apparat gemacht werden soll. Es gab eine Zeit, wo auch die Sozialdemokratische Partei den Militarismus bekämpft hat.

Hierauf wird die Besprechung des Kultusetats beim Abschnitt B höhere Lehranstalten usw. fortgesetzt.

Abg. Frau Jenen (Soz.): Der weibliche Einfluß an den höheren Lehranstalten muß verstärkt werden. Wir sind für die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter. Dabei müßten Männer und Frauen gleichberechtigt die Erziehung in Händen haben.

Abg. Frau Wenzel (Zit.) und Frau v. Tilling (Dnt.) lehnen die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter ab.

Abg. Frau Dr. Kemper (D. Sp.): Der Unterricht kann sich nicht lediglich auf die Reigungen der Schüler aufbauen. Ein Staatsmonopol für Geschichtsbücher lehnen wir ab.

Abg. Schafem (Komm.): Wir begrüßen die wirklich fortschrittliche Schulreform, die Thüringen jetzt ins Werk setzt, und rufen die Minister, sie gründlich zu studieren.

Darauf wird die Aussprache abgetroffen. — Das Haus verlegt sich auf Freitag 12 Uhr: Weiterberatung. — Schluß nach 5 Uhr.

Das Arbeitszeitgesetz. Der Reichsberufsherrminister hat jetzt die gewerkschaftlichen Organisationen zum 4. März in das Reichsberufsherrministerium geladen, wo die Besprechungen über das Arbeitszeitgesetz fortgesetzt werden sollen.

Die einmalige Einschulung abgelehnt

Schul- und Streitdebatte

Vor der Berichterstattung über die Verhandlungen der gestrigen Stadtvorordnetenversammlung müssen wir einige Bemerkungen über das Verhalten der sozialistischen Parteien machen.

Die Dienstag-Sitzung wurde durch Obstruktion des Bürgerblocks beendet, weil die bürgerlichen Parteien bei der Erörterung der Schulfragen unter allen Umständen die sichere Mehrheit haben wollten. Es war also vorauszu sehen, daß in der gestrigen Sitzung die bürgerlichen Parteien vollständig erscheinen würden; die Wichtigkeit der Schulfragen in Groß-Berlin und die dabei zu erwartende Machtprobe des Bürgerblocks wäre also auch für die drei Arbeiterparteien Grund genug gewesen, möglichst vollständig anzutreten.

Zu Beginn der Sitzung wurde durch eine dringliche Anfrage unserer Partei und einen Antrag der A. P. D. bekannt, daß der Magistrat gestern vormittag in einer Art, wie die Polizei-Verbrecherquartiere anzuhäufte, die Bureaus des Gesamtbetriebsrats der städtischen Betriebe und Verwaltungen plötzlich geschlossen hat.

Die wichtigste Schulangelegenheit, die gestern zur Beratung stand, war die Wiedereinführung der einmaligen Einschulung. Der Ausschuss hatte der Magistratsvorlage zugestimmt mit der Maßgabe, daß die einmalige Einschulung zwar von Ostern 1922 eingeführt, die Umwandlung der Michaels- in Osterklassen jedoch durch allmählichen Abbau der Klassen erfolgen solle.

Tumulte auf einem Schupofest

Wie der Berliner Volkszeitung aus Halle berichtet wird, kam es dort bei einem Fest der Schupolizei zu einem bösen Zwischenfall. Kurz nach Mitternacht spielte die Musik plötzlich „Heil dir im Siegerkranz“. Der Polizeibezirgsrat von Halle, der rechtssozialistische Stadtrat Bölg behauptete, das Lied sei auf Veranlassung des Führers der Schupo, Major Bergmann, gespielt worden.

Dieser Vorfall legt erneut Zeugnis dafür ab, daß das Offizierskorps der Schupolizei durch und durch von monarchistischen Elementen durchsetzt ist. Daß ein Schupokommandeur es wagen kann, auf einer Zusammenkunft der Schupolizei im Beisein eines sozialistischen Polizeidirektors eine Berührung des Hohenzollernismus zu veranstalten, ist eine herausfordernde Provokation, die sich nur aus der Tatsache heraus erklären läßt, daß die monarchistischen Treibereien in der Schupo nur allzu lange geduldet wurden.

Schwere Bluttat eines Fähnrichs

In Rathenow hat sich in der Nacht zum Donnerstag eine schwere Bluttat zugezogen, die die ganze Stadt in Aufregung versetzt hat. Zwei Angehörige der Reichswehr, der Leutnant Graf Pilati und der Fähnrich Graf Kalkreuth, waren im Café Rheingold mit Zivilisten in Streit geraten. Der Kaufmann Hermann machte den Witt darauf aufmerksam, daß der eine der beiden Grafen den Witt einen „Burken“ genannt hatte. Darauf forderte der Witt die beiden Grafen auf, das Lokal zu verlassen.

Diese Bluttat ist aus dem Ungeist des preussischen Militarismus geboren. Es war immer ein Vorrecht preussischer Offiziere, Zivilisten anzutempeln, und wenn sich diese widerlegten, sie einfach niederzufallen oder ihnen den Säbel in den Leib zu stoßen. In den militärischen Instruktionsbüchern wurden dergleichen Vorgänge dann regelmäßig im lobenden Sinne erwähnt; den morbusartigen Leutnants geschah in den meisten Fällen nichts, sie kamen im ungünstigsten Falle mit ein paar Wochen Arrest oder mit einer kleinen Gefängnisstrafe davon.

lung der Vorlage und Einholung von Gutachten der wirtschaftlichen Interessentenverbände.

Zu neuen Erörterungen über den städtischen Streit gab Veranlassung die Behandlung des kommunistischen Antrages über die Wiedereinstellung der städtischen Arbeiter. Nach Erlebigung einer Anzahl kleiner Vorlagen wurde die Aussprache über die Nachregelungen des Magistrats eröffnet. Es wurde vom Genossen Wenzl bemängelt, daß bei dieser wichtigen Angelegenheit weder der Oberbürgermeister noch ein von ihm bestellter Stellvertreter am Magistratsstische zu erblicken sei.

In der weiteren Debatte vertrat Stadtvorordneter Michaelis (Dem.) die Nachpolitik des Magistrats; ihm scheint es noch gar nicht klar genug zuzugehen.

Nach einer Scharmachrede des Herrn v. Eynerz (D. Sp.) und einer Oppositionsrede gegen die Arbeiter und gegen den Magistrat des Herrn Steiniger (Dnt.) wurde Schluß der Debatte beantragt und von der bürgerlichen Mehrheit herbeigeführt. Das geschah nun schon zum dritten Male unmittelbar vor der Vormeldung unseres Genossen Ulrich. Dazwischen liegt zweifellosermaßen; der Oberbürgermeister und die bürgerlichen Parteien haben Ursache, die vom Genossen Ulrich zu erwartenden Mitteilungen zu scheuen.

Wir stellen noch einmal fest: Als 10 Uhr die Abstimmung über den Schlußantrag stattfand, ergab sich dessen Annahme mit 88 bürgerlichen gegen 87 sozialistische Stimmen. Von 110 Sozialisten fehlten also 23 Stadtvorordnete. Wie oft soll sich dies wiederholen?

Er gehört scheinbar auch mit zu den Traditionen des alten Heeres, die die Reichswehr unbedingt pflegen will.

Die Spur der Erzbergermörder

Aus München wird gemeldet: Die Staatsanwaltschaft in München beschäftigt sich mit einem Telegramm vom 20. Dezember 1921, das von einem an dem Morde an Erzberger Beteiligten geschrieben und an einen in München wohnenden Rechtsanwalt gerichtet war. Dieser, ein Dr. Adolf Müller, wurde daraufhin auf Veranlassung des inzwischen verstorbenen Offenburger Untersuchungsrichters unter dem Verdacht der Begünstigung verhaftet. Er gibt zu, Ende Dezember in Budapest gewest zu haben, jedoch aus beruflichen Gründen. Er hat Haftbeschwerde eingelegt. Nach deren Abweisung wird er dem Gericht in Offenburg übergeben.

So lange sich die Mörder Erzbergers in Ungarn aufhalten, wird es kaum möglich sein, ihrer habhaft zu werden. Denn sie stehen dort unter dem besonderen Schutz einer Regierung, die jeden Mord, der im Interesse der Monarchie verübt wird, grundsätzlich billigt und die Mörder vor jeder Bestrafung schützt. Außerdem ist das Oberhaupt dieses „christlichen“ Staates, der ehrenwerte Herr Horthy, selbst ein ausgezeichneter Verbrecher, der nachgewiesenermaßen seine Spießgesellen, die Heissie und die Bronang, zu Duzenden von Mordtaten angestiftet und sie nach vollbrachter Tat belohnt hat. In einem solchen Staate haben die Mörder Erzbergers nichts zu befürchten.

Ein neuer Mann im preussischen Handelsministerium. Wie die „Dena“ von zuständiger Stelle erzählt, hat der preussische Handelsminister Stering im Einkommen mit dem Finanzminister von Richter den Vergessler a. D. Kosta in das Handelsministerium berufen und beauftragt, die vom Landtage gewünschte Umkehrung der staatlichen Verwerke auf beide wirtschaftliche Ertragsfähigkeit in die Wege zu leiten unter besonderer Berücksichtigung kaufmännischer Grundzüge. In gleicher Weise wirkt Kosta auch bei der Umgestaltung der Verwaltung der Hafenanlagen in Duisburg-Muhrort mit.

Händerücken in Oberschlesien. In das Bankgeschäft von Wermann in Kattowitz, drangen Mittwochs gegen 7 Uhr abends sieben Banditen mit laubereiten Revolvern ein und verlangten von den Angestellten die Herausgabe des Geldes. Es fielen ihnen 250 000 Mark deutschen Geldes, drei Millionen polnische Mark, kleinere Beträge österreichischer Kronen und russischen Silbergeldes in die Hände. Die Täter sind entkommen.

Explosion im Eisenbahng. Donnerstags nachmittags ereignete sich in einem Wagen der 4. Klasse des von Köln nach Barmen Mittelstücken während des Zuges während des Haltes eine Explosion. Der Wirt Hallwig aus Barmen wurde sofort getötet, drei andere Personen wurden leicht verletzt.

finden Sie ständig große Auswahl in sozialwissenschaftlicher, volkswirtschaftlicher sowie schöngeliger Literatur ohne Kaufzwang!!! Besichtigung

A. SEEHOF & CO. Inhaber H. Laub Neue Schönhauser Straße 9



Menschlichkeit

Am 20. Februar, abends um 1/9 Uhr, versuchte in der Alexanderstraße, nahe dem Alexanderplatz, ein älterer Mann von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen abzupringen und geriet dabei zu Fall, ohne jedoch überfahren zu werden.

Der Führer bremste. Der Verunglückte lag bewußtlos auf dem nassen, schmutzigen Straßenpflaster. Es war, nach der Kleidung zu urteilen, ein Angehöriger des Arbeiterstandes. Keiner der zahlreichen Passanten dachte daran, den Verunglückten wegzuschaffen, um ihm erste Hilfe zuteil werden zu lassen.

Der Führer des Wagens, auch ein Prolet, machte seinem gewiß nicht unberechtigten Unmut über den durch die Leichtfertigkeit des Abpringenden verursachten Unglücksfall in folgenden drastischen Worten Luft: „Der Was mühte noch Kloppe dazu kriegen.“

Damit war der Verfall für ihn erledigt. Er kümmernte sich nicht im geringsten um den Verunglückten. Dagegen versuchte der Schaffner durchaus, die Personlichkeiten des Bestimmungsortes festzustellen. Immerzu redete er auf den noch immer auf dem schmutzigen Straßenpflaster Liegenden ein, ihm doch seinen Namen zu nennen, machte aber nicht die geringsten Anstalten, ihm zu helfen.

So verstrichen zirka 5 Minuten. Der Verunglückte war noch immer nicht zum Bewußtsein gekommen und lag noch immer auf dem Straßenpflaster. Der Schaffner versuchte noch immer frampfhaft, seinen Namen zu erfahren. Vergebliche Liebesmühen! Endlich erbarmte sich ein junger Mann des Beobachterswertes und brachte ihn mit Hilfe des Schaffners vor einen Hauseingang. Endlich öffnete der Verunglückte die Augen, stammelte eine Adresse und hat, dorthin überführt zu werden.

Statt seinen Wunsch zu erfüllen, oder ihn wenigstens schleunigst der nächsten Rettungsstelle zuzuführen, brachte man ihn in das Polizeipräsidium, wo er früher noch einem eingehenderen Verhör über seine Personaffen und über seinen Unfall unterworfen worden ist.

Und wenn er nicht gestorben ist, so ist das der reine Zufall. Es geht eben nichts über Menschlichkeit. Memo.

Teutonische Bismarckfeier

Heranziehung des „nationalgefeimten Arbeiterstandes“.

Hörsinn! Es gibt noch — ein Glück für Deutschland — „deutschliebende“ Mitbürger, die das teutonische heilige Feuer in ihrem Busen mahren und anscheinend keine anderen Sorgen haben, als am 1. April eine Bismarckfeier zu arrangieren. Der bekannte Wind ließ uns ein Ansprechen des Deutschen Offiziersbundes, datiert vom 9. Februar, gerichtet an den Deutschen Arbeiterbund, Berlin Engelster, zutreffen, in dem mitgeteilt wird, daß der Landesverband des Deutschen Offiziersbundes beabsichtigt, am 1. April eine Bismarckfeier zu veranstalten. Weiter heißt es:

„Unser Bestreben geht dahin, Teilnehmer aus allen Kreisen, die noch deutsch fühlen können und sollen, heranzuziehen, gleichgültig welcher Parteizugehörigkeit sie angehören mögen. Besonders würden wir eine zahlreiche Teilnahme des nationalgefeimten Mittel- und Arbeiterstandes begrüßen.“ Es wird gebeten, bekannte Vereine gütigst zu nennen, die für die Heranziehung zu dieser Feier in Frage kämen. Der Offiziersbund bemüht sich, wie er ferner mitteilt, die Kosten für die beabsichtigte Feier durch Privatpenden aufzubringen, aber er zweifelt selber in seinem Schreiben an diesem Gelingen. Aber der Eintrittspreis soll auf alle Fälle 3 Mark nicht übersteigen. — Zum Schluß wird noch gebeten, mitzutellen, wieviel Teilnehmerarten gewünscht werden. Eine baldige Stellungnahme wird ferner erbeten.

Der Deutsche Offiziersbund ist anscheinend der Meinung, daß die freigewerkschaftlichen Organisationen im Gewerkschaftshaus keine anderen Bedürfnisse haben, als ausgerechnet einer — Bismarckfeier beizuwohnen. Wenn der Offiziersbund um die Teilnahme des „nationalgefeimten“ Arbeiterstandes buhlt, so können wir ihm sagen, daß die Arbeiterschaft, die den Krieg und seine Auswirkungen am meisten zu spüren bekam, nicht die geringste Lust verspürt, sich an nationalgefeimten Beisetzungen zu beteiligen. Die Anhänger dieser Offiziersvereinigung scheinen nicht allzu groß zu sein, da sie sich ja frampfhaft bemüht, den notwendigen Kulissenüber heranzuschaffen. Wir wünschen den Arrangenten dieser Bismarckfeier viel Glück und möchten nur noch bemerken, daß neun Zehntel

der Berliner Arbeiterschaft den 1. April höchstens zu lustigen Karrenfahrten benutzen wird, aber keinesfalls dazu, einer Bismarckfeier beizuwohnen.

Vereitelter Anschlag auf einen Geldtransport der Straßenbahn

Einen Raubüberfall auf einen Kassentransport der Straßenbahn hatte eine Bande geplant, die von der Kriminalpolizei unerschöpflich gemacht wurde. In der Spitze der Gesellschaft handelte ein 34 Jahre alter aus Berlin stammender Mann, der als tätiges Mitglied der Plätliner-Kolonie eifrig gesucht wurde. Während Plätliner selbst kürzlich in Sachsen festgenommen wurde, erstreute sich Fischer nach seiner Freiheit. Die Kriminalpolizei wurde nun auf eine Anzahl Männer und Frauen aufmerksam, die sich im Vereinigungsraum einer Wirtschaft in der Straßauer Allee zu treffen pflegten, angeblich zu einem harmlosen Unterrichtsstudium. Man beobachtete die Leute und stellte fest, daß auch der vielgesuchte Fischer zu ihnen gehörte. Mittwochs abend besuchte Beamte überraschend das Lokal und trafen Fischer mit noch sechs Mann an. Alle wurden verhaftet. Sie hatten sich wieder zusammengefunden, um einen Anschlag auf Geld der Straßenbahn näher zu besprechen. Fischer hatte nach Sprengung der Plätliner-Kolonie rasch wieder neue Helferbesitzer für neue Beutezüge gefunden. Jetzt war geplant, das Kassenauto der Berliner Straßenbahn, das die Einnahmen von den Bahnhöfen Neukölln, Brix und Treptow abholt, um sie nach der Hauptstelle zu bringen, in Brix zu überfallen und zu rauben. Die Kassen waren bereits verteilt. Einige Mitglieder der Bande sollten mit Revolvern ausgerüstet werden. Man wollte das Auto, dessen Weg man ausfindig machen wollte, anhalten, dem Führer Bierlein in die Augen streuen und den Begleiter mit vorgehaltener Pistole zur Herausgabe des Geldes zwingen oder auch den Wagen mit Gewalt aufbrechen und ausplündern. Ein Teil des Geldes sollte zur Anleihe eines Fonds dienen, aus dem man in der „Wartzeit“, also bis zu neuen „Unternehmungen“ leben wollte. Das andere sollte man gleich teilen. Die Beute sollte in den Kuffen, die sie mitbringen wollten, von den Radfahrern schleunigst weggelassen werden. Den Führer hatte Fischer schon bejagt. Die Kriminalpolizei fand ihn noch bei ihm. Fischer hatte an verschiedenen Jagen der Plätliner-Gesellschaft teilgenommen. Seinem eigenen Geständnis nach als Leiter an dem Streifzug nach dem Gehöft Gutten-Germendorf. Dorthin will er dadurch gekommen sein, daß der Führer während des Krieges begünstigten Leuten Kartoffeln und andere Nahrungsmittel zu Wucherpreisen verkauft habe. Man habe daraus geschlossen, daß er viel Geld haben müsse und sein Unrecht darin gefunden, es ihm abzunehmen, nachdem er selbst die Notlage der Bevölkerung aus noch bei ihm. Fischer hatte an verschiedenen Jagen der Plätliner-Kolonie hinter Schloß und Riegel gebracht worden. Es heißt als letztes nur noch der Arbeiter Wilhelm Lichtenhagen, der seinerzeit in der Sophie-Charlotten-Straße an der Ecke der Dandelmannstraße zu Charlottenburg gewohnt hat. Auf seine Erzählung ist eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt. Angaben, die zu seiner Ermittlung dienen können, werden auf jedem Polizeirevier und im Polizeipräsidium entgegengenommen.

Der Raubmord in der Telefunkenstation

Der an dem 85jährigen Wächter Steinfle in Seehof bei Teltow begangene Raubmord kam gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zur Verhandlung. Angeklagt waren der bisher unbeholtene August Pieper und der landwirtschaftliche Arbeiter Bernhard Wabischewski. Es handelt sich um ein mit lücker Heberlegung planmäßig ausgeführtes Verbrechen, an dem noch ein bisher nicht ermittelter dritter, der landwirtschaftliche Arbeiter Otto Dillig, beteiligt war. Unweit des Gutes Seehof bei Teltow unterhält die Gesellschaft für drahtlose Telegraphie eine Telefunkenstation, die in einem isoliert liegenden Holzschuppen untergebracht ist. Diese Station wurde nachts von dem Wächter Steinfle beaufsichtigt. Am Morgen des 4. Juli 1921 wurde Steinfle quer über seine Feldbestellstelle liegend mit eingeschlagenem Schädel tot aufgefunden. Die Tat ist nach den Anzeigebekanntgaben bekannt worden. Wabischewski war mit dem Wächter bekannt und besuchte ihn häufiger. Er hatte einmal gehört, daß Steinfle sich 3000 M. gepart habe, und da tauchte der Plan auf, ihm diese Ersparnisse zu rauben und den alten Mann zu erlösen. Pieper schlug mit einem Eisenstück solange auf Steinfles Kopf, bis dieser kein Lebenszeichen mehr gab. Dann brauchten die drei den Leichnam. Nach dem Verbrechen verkehrten sie am Tatort die vorhandenen Einströme des Erdlagens. Die Beweisannahme, die sehr umfangreich war, zog sich bis in die späten Abendstunden hin. Das Urteil lautete gegen Pieper wegen Mordes in Tateinheit mit schwerem Raub

auf Tod, gegen Wabischewski wegen Beihilfe auf Lebenslängliches Zuchthaus. Die Geschworenen beabsichtigten ein Gnadengeleit zugunsten Piepers einzurücken.

Ueber eine Million Geldstrafe wegen Zöllhinterziehung. Ein Opfer des Bolschewismus will der neunzehnjährige Kaufmann Kasimir Katsorguiew aus Moskau geworden sein. Der sich unter der Anklage des Zöllhinterziehens und der Einfuhr von Brillanten ohne Erlaubnis vor dem Wuchergericht des Landgerichts II zu verantworten hatte. Der Angeklagte war hier von einem Kriminalbeamten dabei erwischt worden, als er versuchte, einen auffallend großen Brillanten im Gemäch von 24 Karat, der heute einen Wert von etwa 1 1/2 Millionen Mark hat, unter der Hand zu verkaufen. Der Gericht erklärte der Angeklagte, daß seine Eltern einstmals Fabrikanten in Moskau gewesen und von den Bolschewisten völlig ausgeplündert worden seien. Er habe den Rest der ererbten Habe verkauft und für den Erlös Brillanten gekauft, in der Absicht, sie an deutsche Kriegsgewinnler zu verkaufen und sich mit dem Gelde eine neue Existenz in Warschau zu gründen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Woche Gefängnis und — der Zöllhinterziehung entsprechend — eine Geldstrafe von 1 189 600 Mark und Einziehung des Brillanten zugunsten des Reichs. Das Urteil lautete diesem Antrag entsprechend.

Zwei große Wohnungseinbrüche durch Fassadenkletterer. Ungewöhnlich reiche Leute machten Fassadenkletterer in der Nacht zu gestern an zwei verschiedenen Stellen, wo sie mit unerhörter Dreistigkeit in Wohnungen gewaltsam eintrugen und diese in aller Ruhe ausplünderten, während die Wohnungsinhaber im Schlaf lagen. In der Gartenstraße 2 wurde von ihnen ein Großkassierer heimlich. Am Hof Metzerien lie die Fassadenkletterer einen Koffer auf und packten in der Wohnung für eine halbe Million Silberfachen zusammen. — Im Tiergartenviertel, in der Händelstraße 7, plünderten die Spezialisten einem hohen Beamten einen Koffer ab, dort gingen sie, gegen 6 Uhr früh, am Vorderhaus an der Fassade empor, schwangen sich auf den Balkon und schnitten aus der Doppeltür unten die Holzfüllungen heraus.

Reisbrotverkauf. Gestern nachmittags gegen 5 1/2 Uhr wurde der Hofmeister Weinwurm in seinem Geschäftskontor, im Haupte Kommandantenstraße 46, durch den bei ihm beschäftigtsten 17jährigen Arbeiter Arthur Sachse aus der Wasserlorenzstraße 27 plötzlich überfallen. Sachse feuerte auf seinen Chef 3 Schüsse ab, ohne jedoch zu treffen. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen schickte der Täter nach dem Boden des Hauses, wo er festgenommen werden konnte. Man fand bei ihm eine Pistole und 22 Patronen.

Kollektionen ohne Ende. Seit mehr als vierzehn Tagen ist die überwiegende Mehrzahl der Berliner städtischen Schulen geschlossen. Die Kinder, die sich gewöhnlich am Montag morgen in den Klassen melden mußten, erwiderten immer wieder den Bescheid, daß aus Mangel an Heizmaterial der Unterricht um abendliche acht Tage ausgesetzt werden müsse. Leider muß mit der Zeitlage gerechnet werden, daß noch weitere 8-14 Tage vergehen werden, ehe die Schulen wieder eröffnet werden können. Die Schuldeputation hat trotz vielfacher Bemühungen von dem städtischen Maschinenamt und den Gaswerken auch nicht entfernt so viel Koks erhalten, als nötig wäre, um die Heizung in allen Lehranstalten in Betrieb zu legen. Bedinglich die Gemeindefürsorge, in deren Gebäuden sich Räume der Erwerbslosenfürsorge, Standesämter oder Speiseanstalten befinden, haben notdürftig beliefert werden können. Wann an die anderen Anstalten Koble und Koks verteilt werden kann, entzieht sich noch völlig dem Urteil der Schuldeputation.

Die Umsteigerfahrtslinie Straßenbahn-Hochbahn. Die Einführung der neuen Umsteigerfahrtslinie im Wechselverkehr zwischen der Straßenbahn und der Hochbahn soll am 1. März erfolgen. Der Umsteigerfahrtslinie wird in zwei verschiedenen Ausführungen zur Erleichterung der Kontrolle ausgegeben. Für die umsteigernden Reisenden der Hochbahn, die die Straßenbahn zur Weiterfahrt benutzen wollen, werden grüne Scheine in Größe der früheren Sammelkarten ausgegeben. Die Straßenbahnschaffner verkaufen dagegen nur Karten von brauner Farbe, die zum Uebergang auf die Hochbahn berechtigen. Die Geltungsdauer und der Preis werden mit denen der gewöhnlichen Umsteigerfahrtscheine genau übereinstimmen. Sowohl auf der Hochbahn wie auf der Straßenbahn können Fahrten von beliebiger Länge ohne Rücksicht auf die Zonenenteilung der Hochbahn zurückgelegt werden.

Verloren hat ein Parteigenosse am Dienstag, den 21. Februar, abends nach 10 Uhr eine schwarze Brieftasche. Inhalt: 99 Parteitagsmarken, Mitgliedsausweis der Genossenschaft „Freiheit“, zwei Billets des Theaters des Ostens, zwei Billets zur Kreuzkammertheater, Aufnahmebescheinigung zum Wahllokal usw. Der ehrliche Finder wird gebeten, die Brieftasche gegen Belohnung abzugeben im Restaurant Kaiser, Lange Str. 14.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Einige autorisierte Uebersetzungen von Kurt Hiller. Amerikanisches Copyright 1918 by Hiller & Co., Berlin (N. Fortsetzung)

Sie nahm mich bei der Hand und führte mich durch die Dunkelheit wie einen Blinden. Die Nacht war stockfinster und feucht, der Wind wehte scharf daher wie ein reisender Strom, und der nasse, kalte Sand hielt die Füße fest. Die Großmutter trat behutsam an die dunklen Fenster der kleinen Häuschen heran, bekrustete sich dreimal, legte einen Fünfer und drei Krangeln auf das Fensterbrett, bekrustete sich nochmals, blidte zum sternlosen Himmel und stützte: „Allerheiligste Himmelskönigin — hilf den Menschen! Alle sind Sünder vor dir, heilige Mutter!“

Je weiter wir uns von Hause entfernten, desto einsamer und stiller wurde es ringsum. Es war, als sei der Nachthimmel durch die Dunkelheit ins Unendliche vertieft, als seien Mond und Sterne für immer in ihm versunken. Ein Hund kam herbeigestrüzt und blieb vor uns stehen — er schaute auf, und seine Augen bligten im Dunkel. Ich schmiegte mich ängstlich an die Großmutter an.

„Fürchte dich nicht, es ist nur ein Hund. Für den Teufel ist es zu spät, die Hähne haben schon gekräht.“

Sie rief das Tier an sich, streichelte es und redete ihm ins Gewissen: „Hör' mal, du, Hündchen — daß du mir meinen Enkel nicht beißt!“

Der Hund rief sich an meinem Bein, und wir gingen zu dreien weiter. Zwölf verschiedene Häuschen bedachte die Großmutter mit ihren stillen Alimosen. Der Morgen begann zu grauen, die Häuser tauchten aus dem Dunkel auf, der weiße Glanz der Feldkirche starrte zum Himmel empor.

„Altes ist müde geworden“, sagte die Großmutter, „es ist Zeit, daß wir heimgehen. Wenn die Weiber erwachen, werden sie sich freuen, daß die Muttergottes ihnen eine Kleinigkeit für ihre Kinderchen beschert hat. Wer wenig hat, freut sich auch über das Geringe, das ihm zufällt. Ich ja, Aljoscha, unser Volk ist arm, niemand nimmt sich seiner an!“

In den Herrgott denkt der Reiche nicht, Dankt nicht an des Jüngsten Tags Gericht. Nimmt des armen Bruders Lohn mit an, Sinnt nur, wie er Geld gewinnen kann — Wagt, der wird kein Lohn einst, Böwisch!

„Ja, ja, die Menschen! Wie schön wär's, wenn sie so recht brüderlich miteinander lebten, wenn einer immer für den andern und Gott für sie alle sorgte! Ich freue mich doch, Junge, daß du wieder bei mir bist.“

„Auch ich fühle in mir einen stillen Frieden — es ist mir, als sei ich wieder geborgen im Schutze einer freundlichen Wacht, der ich mich für immer ergeben habe. Neben mir her läuft jätternd der rote Hund mit der Fuchschnauze und den gutmütigen, schuldig blinzelnden Augen.“

„Soll er denn bei uns bleiben?“ fragte ich. „Warum nicht? Wenn's ihm bei uns gefällt... Ich werde ihm einen Krangel geben, zwei sind mir noch übriggeblieben. Komm, laß uns auf der Bank da ein bißchen sitzen.“

Wir setzten uns auf die Parkbank am nächsten Hause. Der Hund streckte sich zu unsern Füßen und biß in seinen trocknen Krangel.

„Hier in der Nähe wohnt eine Jüdin“, erzählte die Großmutter, „die hat neun Kinder, eins immer kleiner als das andre. Ich frage sie: ‚Wie lobst du eigentlich so, Mossewina?‘ ‚Wie soll ich loben?‘ sagt sie. ‚Mit meinem Gott leb' ich, mit wem soll' ich sonst leben?‘“

Ich lehnte mich an die warme Seite der Großmutter und schlief ein.

Das Leben floß wieder rasch und vielgestaltig dahin, der breite Strom der Eindrücke brachte der Seele jeden Tag etwas Neues, das sie entzückte oder beunruhigte, Weisheit oder Widerspruch ausstieß und die Denkarbeit anregte.

Sald führte auch in den lebhaften Drang, die lahme Lubmilla so oft wie möglich zu sehen, mit ihr zu sprechen oder schweigend neben ihr auf der Bank am Tore zu sitzen — in ihrer Gesellschaft war auch das Schweigen unterhaltlich. Sie war sauber und nett wie ein Goldhähnchen und wußte sehr hübsch vom Leben der Kosaken am Don zu erzählen — sie hatte dort lange Zeit bei einem Onkel gelebt, der als Maschinemeister in einer Dampfmühle angestellt war. Später war ihr Vater, ein Schlosser, nach Nischni gezogen und hatte sie wieder zu sich genommen.

„Ich hab' auch noch einen anderen Onkel“, erzählte sie, „der lebt beim Zaren selbst in Diensten.“

In den Sonn- und Feiertagen, gegen Abend, strömte alles, was in der Straße wohnte, vor das „Städtchen“ hinaus. Die Burschen und Mädchen führten auf dem Friedhofe ihre Reigen auf, die Männer gingen in die Schenke, und in der Straße hiedex nur die Weiber und Kinder zurüd. Die Weiber saßen auf der Bank vor dem Tore oder einsam im

Sande und leiften und klatschten nach Herzenslust; die Kinder spielten „Butterlosh“, warfen um die Wette mit dem Ball oder Knüttel, und die Mütter saßen ihnen zu, lobten die Gewandtheit und tabelten die Ungeschickten. Betäubend laut und unabhängig lustig ging es her, die Gegenwart der Erwachsenen war für uns Jungen ein Ansporn und stachelte unsern Ehrgeiz. Wir drei, Kostroma, Tschurka und ich, wuchsen uns ganz besonders hervorzuheben, und von Zeit zu Zeit lief der eine oder andere von uns zu der lahmen Grundbin, um ein wenig zu prahlen: „Hast du gesehen, Lubmilla, wie ich alle fünf Kerlchen aus dem Stall getrieben habe?“

Sie lächelte freundlich und nickte nach ihrer Gewohnheit ein paar mal hintereinander.

„Beim Sorodki Spiel.“

Wir Jungen hatten früher bei den Spielen immer zusammengeschalten; jetzt aber sah ich Tschurka und Kostroma stets auf entgegengesetzter Seite spielen. Sie suchten an Gewandtheit und Kraft einander zu übertreffen, und es kam in diesem Wettstreit oft genug zu Prügeleien und Tränen. Einmal gerieten sie so heftig zusammen, daß die Großen sich einmühten und sie wie die Hunde durch einen abkühlenden Wallerquell auseinander bringen mußten.

Lubmilla saß auf ihrem Bankchen, kämpfte mit dem gefunden Bein auf, stieß die sich balgenden Gegner, wenn sie sich ihr näherten, mit der Krücke fort und schrie ängstlich: „So hört endlich auf, ihr Kaufbolde!“

Ihr bleiches Gesicht bekam einen bläulichen Schimmer, die Augen erloschen und verdrehten sich wie bei einer Halluzination. Einmal hatte Kostroma eine Partie an seinen Nebenbuhler ganz häßlich verloren. Er ließ hinter den Haferstößen in der Futragehandlung, die sich auf unserm Hofe befand, hockte sich dort nieder und begann still zu weinen. Ganz schrecklich war es anzusehen, wie er die Zähne zusammenbiß und in dem starren Gesicht die starken Locken hervortraten, während aus den düstern schwarzen Augen schwere Tränen rannten. Als ich ihn zu trösten versuchte, sprach er mit schluchzender Stimme:

„Ich schlag' ihm noch... mit 'nem Ziegel den Schädel ein... Er soll mal sehen!“

Tschurka wurde großpudrig, er ging mitten auf der Straße wie die erwachsenen Burschen, die nach einer Braut ausshauten, trug die Mühe fast auf einem Ohr und hatte die Hände stets in den Hosentaschen. Er spuckte schneidig durch die Zähne aus und prahlte:

„Ich werde bald auch das Rauchen lernen. Zweimal hab' ich's schon versucht, aber es ist mir davon schlecht geworden.“

(Fortsetzung folgt.)

# Gewerkschaftliches

## Stellungnahme der gemahregelten Gemeinbedarbeiter

Wo sind die „überschüssigen Kräfte“?

Die Frage der „überschüssigen Kräfte“ spielt jetzt beim Berliner Magistrat nach dem Streik der Gemeinbedarbeiter eine große Rolle. Einer Kleinlichen Rathpolitik läßt man freien Lauf. Mit diesen Dingen beschäftigte sich daher gestern eine vom Lohnkartell einberufene Versammlung in den Sophienkämern, die den Bericht und die Maßnahmen zur Wiedereinstellung der auf der Strecke Gebliebenen entgegennahm. Die sozialistischen Parteien waren durch Delegierte vertreten.

Lagodzinski führte aus, daß der Magistrat und der Bürgermeister Böß Wortbruch begangen hätten und entgegen ihrer Zusicherung, daß keine Maßregelungen vorgenommen werden, doch nachträglich sogar langjährige Funktionäre entlassen wurden. Die eingeleitete Hauptverhandlungskommission, bestehend aus vier Kollegen und aus Böß, Karding, Schlichting und Treidel, hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen. Bei der Straßendehnung sind die Schwierigkeiten am größten.

Die Erwerbslosenfürsorge verweigert aber den Opfern die Erwerbslosenunterstützung. Hiller vom Transportarbeiter- und Koch vom Metallarbeiter-Verband gaben die Stellungnahme ihrer Organisationen bekannt und teilten die Anzahl der wegen „Arbeitsmangel“ Entlassenen mit.

Unter Gen. Zimmernann sagte im Namen der U. S. P. D. Faktion zu, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Gemahregelten wieder in Arbeit zu bringen, und erklärte weiter, die S. P. D. hätte ebenfalls Wortbruch getrieben. Prolat, S. P. D., erklärte, in den städtischen Betrieben seien in letzter Zeit jeweils Arbeitskräfte beschäftigt gewesen, und es sei nicht möglich, daß alle wieder eingestellt werden.

Die Diskussion erbrachte viele Beweise für die üble Art des Vorgehens des Magistrats. Im übrigen wurde aber dem „Berat“ der Gewerkschaften die Schuld an diesen Zuständen gegeben. (7. Red.)

Eine längere Entschließung brandmarkt die Methoden des Magistrats, verlangt die schnellste Einstellung der Gemahregelten, ansonsten die städtische Arbeiterkraft „erneut auf den Plan treten“ wird, um diesem schändlichen Treiben ein Ziel zu setzen.

Wir haben erst in Nr. 81 die Frage der „überschüssigen Kräfte“ hier behandelt. Es wäre notwendig, die Stichhaltigkeit dieses Arguments endlich zu beweisen. Deshalb erscheint es uns notwendig, daß hier eine paritätisch zusammengesetzte Kommission diese Frage zu prüfen und Bericht zu erstatten hätte. Weiter könnte diese Kommission auch die Wirtschaftlichkeit der städtischen Betriebe prüfen und organisatorische und betriebstechnische Vorschläge machen, dahingehend, um vorbildliche Betriebe mit aktiver Bilanz zu schaffen.

## Arbeitsverhältnisse bei Rosse

Auf dem der Rudolf Rosse'schen Gutsverwaltung gehörigen Gut Schenkenhof bei Königswusterhausen herrscht eine sonderbare Rechtsauffassung.

Ein dort beschäftigter Wirtschaftsinспектор wurde vor einigen Wochen ohne Angabe von Gründen entlassen. Auf Einspruch beim Schlichtungsausschuss wurde die Firma Rosse verurteilt, eine Entschädigung in Höhe des Gehalts für 1/2 Jahr zu zahlen. Die Gutsverwaltung, die zunächst einmal einen Familienvater ohne irgendeinen Grund drohtlos gemacht hat, denkt aber nicht einmal daran, dem Spruch des Schlichtungsausschusses gemäß die Entschädigung zu zahlen; vielmehr läßt sie durch ihre Rechtsanwältin vor dem Amtsgericht, dem nun die Ange-

legenheit übergeben ist, allerlei Winkelzüge machen, die darauf hinauslaufen, die Angelegenheit zu verschleppen, ihm den drohtlos gemachten Wirtschaftsinспектор um seine ihm zuerkannten Rechte zu bringen.

Ferner wurde vor dem Schlichtungsausschuss festgestellt, daß die Rosse'sche Gutsverwaltung nicht einmal den tarifmäßigen Lohn zahlt, sondern einen weit niedrigeren.

Um Gelder zu sparen, ist auch niemand von den dort Beschäftigten in der Krankenkasse angemeldet gewesen. Dieses kleine Beispiel zeigt, wie das soziale Empfinden dieser Firma der Arbeiterkraft gegenüber in Wirklichkeit aussieht. Traurig ist es nur, daß immer noch ein Teil der Angestellten und Arbeiter auf die zu nichts verpflichtenden „volksfreundlichen“ Redewendungen, die in den Zeitungen stehen, die von dieser Firma herausgegeben werden, hereinfällt.

## Die Arbeitsvermittlung für Wanderarbeiter

Am 14. Februar fand in Dresden eine Zusammenkunft zwischen Vertretern einer auswärtigen Regierung und Vertretern der Deutschen Arbeiterzentrale statt, in der die für das Jahr 1922 geltenden Bedingungen für die Uebernahme ausländischer Wanderarbeiter auf deutsche landwirtschaftliche Großbetriebe festgelegt wurden.

Es ist unverständlich, wie es möglich sein kann, daß noch in heutiger Zeit die Regelung einer wirtschaftlich und politisch so bedeutsamen Frage, wie sie die Beschaffung ausländischer Wanderarbeiter ist, von den deutschen Regierungsbehörden einem Institut überlassen bleibt, das in seiner inneren Struktur dem Wandel der Verhältnisse seit der Revolution in keiner Weise Rechnung getragen hat und auch nicht den Willen zeigt, seine Tätigkeit auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung mit neuem Geiste zu erfüllen.

Die Leitung der Deutschen Arbeiterzentrale liegt noch heute ausschließlich in Händen landwirtschaftlicher Arbeitgeber. Sie hat sich bis heute noch nicht dazu bequemt, ihren Betrieb einer aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebildeten paritätischen Leitung zu unterstellen, und ist allen dahin zielenden Bestrebungen mit einer wohlgefügten Verschleppungsstaffel ausgemichen.

Die Deutsche Arbeiterzentrale untersteht dem preussischen Ministerium des Innern. Was hat das Ministerium getan und was denkt es noch zu tun, um Wandel zu schaffen?

Es ist Zeit, daß die maßgebenden Behörden sich mit dem Institut befassen, zumal auch in dessen innerem Betriebe höchst bedenkliche Zustände herrschen sollen.

## Heizerschulen!

In dem Ausstellungsgelände für Arbeiterwohlfahrt, Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11, fanden am 21. Februar die Eröffnung und der Anfang des Kursus der hiesigen Heizerschule statt. Betrieben waren: Das Reichswirtschaftsministerium, Ministerium für Handel und Gewerbe, Stadt Berlin, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Herr Ministerialdirektor Dr. Jung eröffnete den Kursus und wies in längerer Ausführung darauf hin, daß man sich mit der Wärmewirtschaft erst seit dem letzten Jahrzehnt intensiv beschäftigt; des weiteren, daß gerade die Heizer dazu mitwirken könnten, mit der Kohle im Interesse des Volksganzen sparsam umzugehen. Durch die ungeheure Preissteigerung (Preis für eine Tonne Kohle 750 Mark) liegt es im Interesse aller, daß dieser Brennstoff rationell ausgenutzt wird. Aus diesem Grunde sind auch durch die maßgebenden Kreise und unter besonders harter Mitwirkung des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer, als Berufsorganisation der Heizer, im ganzen Deutschen Reich die Schule eingerichtet und die Richtlinien für diese Schulen ausgearbeitet worden. In über 40 Orten sind jetzt bereits diese Heizerschulen vorhanden. Besondere Schwierigkeiten ergaben sich dadurch, daß das Reich die Mittel nicht zur Verfügung stellen konnte und somit die

einzelnen Schulausschüsse auf sich selbst angewiesen waren. Er hofft, daß im Interesse der gesamten Wirtschaft diese Schulen sehr nützlich sein werden, da auch von anderen Gegenden Deutschlands sehr günstige Resultate in dieser Hinsicht erzielt seien.

Als Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen, Zentralverband der Maschinenisten und Heizer und als Mitglied des Schulausschusses sprach der Kollege Müller, der auf die Bedeutung der Schule hinwies und hofft, daß gerade die Kollegen von diesem mit so vieler Mühe aufgebauten Kursus recht regen Gebrauch machen werden und somit auch alle Berufscollegen zum allgemeinen Wohl des Wiederaufbaues der Wirtschaft beitragen.

Der nächste Kursus ist ein Tageskursus, der jedenfalls im Mai 1922 stattfinden wird. Auskunft erteilt die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer, Engelauer 25, Zimmer 27.

Streik der Böttcher! Der Böttcherverband teilt uns mit, daß die Gruppe der Werkstättenböttcher beschlossen hat, wegen Ablehnung ihrer Forderung in den Ausstand zu treten. Wie weiter verlautet, haben die Herren Wöbel, Hafffabrik, Spandau (ehemalige reklamierte Kriegslieferanten und „Gewinnler“), und Dahn, Vereinigte Hafffabriken, Antonstraße, durch ihr arbeitsmüderes Auftreten hervorragenden Anteil an dem Ausschluß der Böttcher und verdienen, öffentlich genannt zu werden.

## Parteiveranstaltungen

Freitag, 24. Februar

- 12. Verwaltungsbereich (Tempelhofer, Mariendorfer, Marienfelde, Wilmersdorf), Abends 7 Uhr eigene Fortbildung bei Streiter, Chausseestraße.
- 11. Bezirk. Heute einladen zu dem am Freitag, den 27., beim Gen. Scheide, Poststr. 2, stattfindenden Frauenfestabend.
- 13. Bezirk (Kreuzberg). 7 Uhr wichtige Versammlung der Ortsbeiräte in der Schulaula, Treppenstraße 61/62.

Sonnabend, 25. Februar

- 1. Verwaltungsbereich, Berlin-Mitte. Sitzung der Bezirksvereine und kommunalen Kommissionen 8 Uhr im Lokal von Hagen, An der Steglauer Brücke 9.
- 12. Verwaltungsbereich (Tempelhofer, Mariendorfer, Marienfelde, Wilmersdorf). Abends 7 1/2 Uhr findet im Lokal des Reichsgewerkschafts in Tempelhofer Feld, Kolonnenstraße, ein Frauenfestabend statt. Vortrag und Klavier: Dr. Groll, Frau, Gertrud Wolff, Selma Traub-Schäfer, Wilmersdorf; Klavier: Frau Karmann, Wilmersdorf. Eintrittspreise 2,50 Mark. Anfang pünktlich 7 1/2 Uhr. Arbeitslose Genossen und Jugendkollegen der S. P. D. haben freien Eintritt.
- 12. Bezirk. Abends 6 Uhr Funktionärfortbildung bei Hoffmann, Elymetr Str. 8, Tempelhofer. In dem pünktlich 8 Uhr beginnenden Kursus wird in der Aula des Reichsgewerkschafts Kolonnenstraße 18 Karten bei allen Funktionären zu haben. Da der Besuch zu empfehlen, wird um rege Beteiligung gebeten.

Sonnabend, 25. Februar

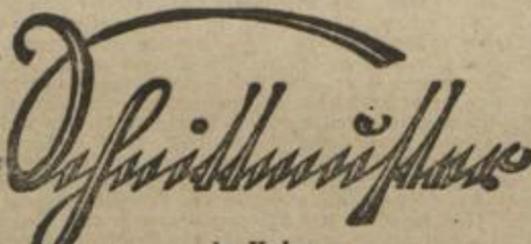
- 12. Bezirk. Reichsgewerkschaft. 7 Uhr Rathaus, Zimmer 100, Arbeitsprüfung: Abwesenheit, Reichsschulungsanstalt.
- Sozialistische Arbeiterjugend, Gruppe Wilmersdorf. Abends 7 1/2 Uhr in der Schulaula Galmstraße 18 Unterhaltungsabend mit abwechselndem Programm, zu dem alle Freunde der Jugend eingeladen sind. Karten zum Streik von 2 Mark. Abends 8 Uhr in der Schulaula zu haben. Jugenkollegen haben freien Eintritt. Kartenpreise für Mitglieder des Reichlichen Parteiverbandes. Abends 6 Uhr: Delegiertenwahl im Schuljahr, Neue Jahnstr. 24/25.

Sonntag, 26. Februar

- Deutscher Transportarbeiter-Verband, Section V. Mittags 1/4 Uhr in der Brauerei Friedrichshagen Fortbildung der am 12. Februar vertagten Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Entwurf der Leitungsorgane. 3. Die Kündigung des Lohnvertrages und die Stellung zu einem Neuabschluss. 4. Beiträge und Verbindungen. Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert.
- Heizer-Verband Naturfreunde, Ortsgruppe Gesundbrunnen, veranstaltet in der Aula Genthaler Str. 8 drei Vorträge: „Im Kampf mit dem Feuer“, Anfang vom 10 Uhr (Athenerschule), Eintritt 1 Mark, Erwählung 2,50 Mark, nachm. 3 Uhr (2,50 Mark) und 7 Uhr (3 Mark).

Unserlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend ausführlicher Bescheidungsbescheid beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreis.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Henkel, Berlin; für den Inseraten- und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Romer, Berlin; - Verlagsverwalter: Friedrich, a. G. m. b. H., Berlin - Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin G. 2, Breite Straße 8-9.



des Verlags

# „Die Neueste Deutsche Mode“

in jeder Grösse am Lager.

Schnittmuster-Verkaufsstellen in Berlin:

Breite Straße 11  
Reinickendorfer Straße 15

Oranienstraße 41  
Neue Schönhauser Straße 11

Brunnenstraße 134 • Carmen-Sylva-Straße 136 • Danziger Straße 85 • Frankfurter Allee 64 • Franseckystraße 23 • Fürbingerstraße 31 • Gneissensstraße 2 • Großbeerstraße 60, Ecke Yorkstraße • Hohenlohestraße 14 • Hufelandstraße 36 • Jungstraße 36 • Malmör Straße 14 • Mantuffelstr. 108 • Müllerstraße 145 • Oderberger Straße 54 • Rankestraße 7 • Veteranenstraße 17 • Zossener Straße 35

Kaufhaus Fr. Hahn  
Alexanderpl., Landsberger Str. 60-63

Kaufhaus F. Nahrstedt  
Berlin SO 33, Wangelstr. 40-41

Kaufhaus Gebr. Wolf  
Berlin N 4, Invalidenstr. 134

- Adlershof: Bismarckstraße 38
- Baumshulencweg: Baumshulencstraße 18
- Borsigwalde: Konradstraße 10
- Charlottenburg: Schillerstr. 83
- Berliner Straße 121
- Guerickestraße 5
- Friedenau: Thorwaldsenstraße 5
- Friedrichsfelde: Berliner Str. 100
- Friedrichshagen: Friedrichstraße 49
- Johannishof: Johannes-Werner-Straße 25
- Karlshorst: Treskowallee 99a
- Köpenick: Schloßstraße 5
- Groß-Lichterfeld: Hindenburgdamm 58a

- Lichtenberg: Kantstraße 44
- Wilhelmstraße 66
- Seumestraße 26
- Rothausstraße 7
- Marlendorf: Chausseestraße 44
- Neukölln: Hobrechtstraße 18
- Kaiser-Friedrich-Straße 111
- Steinmetzstraße 78
- Emser Straße 104
- Bergstraße 132
- Niederschönhausen: Kaiser-Wilhelm-Str. 65 u. 5
- Niederschönhausen: Berliner Straße 56
- Oberschönhausen: Fritschenstraße 35
- Pankow: Dammerowstraße 62
- Schönholzer Straße 5
- Reinickend.-W.: Eichbornstr. 14

- Rosenthal I: Hauptstraße 18
- Schlachensee: Viktoriastraße 11
- Schöneberg: Leuthenstraße 12
- Apostel-Paulus-Straße 25
- Siemensstadt: Nonnendamm 82 u. 99
- Spandau: Moritzstraße 23
- Klosterstraße 5
- Südende: Stephanstraße 5
- Tegel: Schleierstraße 15
- Teltow: Berliner Straße 5
- Tempelhofer: Kaiserin-Augusta-Straße 67
- Treptow: Graetzstraße 22
- Wilmersdorf: Berliner Allee 50 u. 94
- Frenzlauer Promenade 19
- Wilmersdorf: Detmolder Str. 10
- Zehlendorf-Mitte: Teltower Straße 5

Modell 2163

Modell 230

Schnittmuster-Lager in sämtl. Filialen der Firma W. Spindler, Färberei u. chemische Waschanstalt

Unsere neuen Frühlingsstoffe sind fertig